

ANGRIFF AUF RUSSISCHEN STÜTZPUNKT IN SYRIEN

Der russische Militärstützpunkt Hmeimim in Syrien wurde mitten in der Nacht von mit Bomben beladenen Drohnen angegriffen. Sieben wurden von Raketenabwehrsystemen zerstört. Wer die Angreifer waren, ist bislang unklar. Russland mutmaßt, dass die USA hinter dem nächtlichen Angriff stecken könnten, Sicherheitsexperten behaupten, dass auch der IS mit selbstgebauten Waffen den Angriff als Racheakt verübt haben könnte.

KOMMENTAR

»ZWEI GEDANKEN ZUM WOCHENENDE«

Von Heino Wiese

Hat Donald Trump recht?

Nachdem Donald Trump mit seiner Entscheidung, die amerikanische Botschaft in Israel nach Jerusalem zu verlegen, für heftige Proteste und Furore gesorgt hat, zieht er sich erneut den Zorn der Weltöffentlichkeit und der Palästinenser zu. Das Einfrieren der Finanzhilfen für Palästina scheint wieder einer der rücksichtslosen unreflektierten Alleingänge des egomanischen US-Präsidenten zu sein. Aber die Begründung hat neben der klaren pro-israelischen Positionierung Trumps auch eine nachvollziehbare Komponente. Schon 1995 hatte ich bei meinem Besuch der Flüchtlingskamps in Bethlehem, Hebron und Gaza den Eindruck, dass die künstliche Manifestierung der Bewohner auf eine Rückkehr in die Heimat ihrer Vorfahren unrealistisch und anachronistisch wäre.

Heute, fast 70 Jahre nach der Vertreibung, wäre es an der Zeit die Flüchtlingslager aufzulösen. Sie sind auch aufgrund der unzumutbaren Verhältnisse in den Camps und der Hoffnungslosigkeit der Bewohner eine ständige Keimzelle von Unzufriedenheit und Terrorismus. Da hat Trump also recht. Aber um den Menschen neuen Mut und neue Hoffnung zu geben, müssten sich die Israelis und die Weltgemeinschaft Gedanken machen, wie bisherige Hindernisse und Beschränkungen abgebaut werden. Der Zugang zum Wasser muss neu geregelt und Job- und Wohnungsangebote geschaffen werden. Die Israelis müssen ihre rigide Besatzungspolitik und den egoistischen Siedlungsbau beenden und den Palästinensern Entfaltungsmöglichkeiten im Westjordanland und in Gaza lassen. Dazu gehört auch ein eigener palästinensischer Hafen in Gaza.

Kevin... Wer?

Kevin Kühnert ist der neue Vorsitzende der Jusos. Endlich einer der sich nicht nur für Feminismus und Antifa interessiert, sondern der die SPD in der Frage der großen Koalition heftig unter Druck setzt und in Renten- und Steuerthemen klare Positionen bezieht. Nicht, dass ich seiner Meinung wäre, aber er hat das Privileg der Jugend, klare Forderungen ohne Rücksichtnahmen zu formulieren. Seine offene Art und Diskussionsfreude könnte ihn zu einem der großen Juso-Vorsitzenden nach Heidi Wieczorek-Zeul, Gerd Schröder und Andrea Nahles machen. Vielleicht rüttelt er ja in 10 Jahren an der Pforte des Kanzleramts.

BUNTES AUS BERLIN

MODE UND ÄSTHETIK: DREI AUSSTELLUNGEN IM MUSEUM FÜR FOTOGRAFIE



Foto: © Guy Bourdin Estate, 2017 / Courtesy Louise Alexander Gallery

Das Museum für Fotografie zeigt die Ausstellungen »Image Maker« von Guy Bourdin, »Another Story« von Angelo Marino und »A Gun for Hire« mit Aufnahmen Helmut Newtons.

Guy Bourdin revolutionierte in den 1960er- und 1970er-Jahren die Modefotografie. In »Image Maker« von Guy Bourdin werden

unter anderem die bekannten und weniger bekannten Werbebilder für Schuhe von Charles Jourdan ausgestellt. Guy Bourdin zeigt die Schuhe in formal und inhaltlich überraschenden Kontexten, seine avantgardistischen Fotografien wurden für ganzseitige Anzeigen verwendet – und zählen, jenseits des Werbekontextes, zu den ikonischen Bildern der 1970er-Jahre.

In Helmut Newtons »A Gun for Hire« werden überwiegend Auftragsarbeiten für Modedesigner aus den 1990er-Jahren, die zunächst in deren Modebüchern veröffentlicht wurden gezeigt.

Ergänzend zu Bourdin und Newton stellt Newtons ehemaliger Assistent Angelo Marino unter dem Titel »Another Story« einen ungewöhnlichen Blick auf die Umwelt vor.

IMPRESSUM

Herausgeber: **WIESE CONSULT GmbH**
Heino Wiese, Behrenstraße 73 · 10117 Berlin
Telefon 030.8105888-0 · Fax 030.8105888-29
redaktion@hauptstadt-insider.de ·
www.wiese-consult.com
Handelsregister: Amtsgericht Berlin, HRB 112951 B
USt-IdNr.: DE259602002
Chefredaktion: Heino Wiese (V.i.S.d.P.)

Anzeigenleitung und Abonnement: Alice Greschkow
Telefon 030.810588813
Druck u. Verlag: Hauptstadt Insider c/o Wiese Consult GmbH, Behrenstraße 73, 10117 Berlin
Satz, Layout: Alice Greschkow, Jenny Bogitzky, Wiese Consult erscheint seit März 2007
Fotos: dpa und Archiv www.hauptstadt-insider.de



INSIDER

GRUNDSTEUER - WEGFALL GEFÄHRDET KOMMUNALE DASEINSVORSORGE



Foto: Susie Knoll

Von **Bernhard Daldrup MdB**, kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die mündliche Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht hat uns in der Ansicht bestärkt, dass wir um eine Reform der Grundsteuer nicht umhinkommen. Die derzeitige Regelung mit ihren völlig veralteten Einheitswerten verstößt gegen das Gleichheitsgebot.

Seit rund einem Jahr liegt ein konsensfähiger Reformvorschlag des Bundesrates auf dem Tisch. Trotz Änderungsbedarfs im Detail ist er eine gute Ausgangsba-

sis für eine Reform. Dass jetzt manche fordern, ein völlig neues Reformmodell zu entwickeln, ist politischer Wahnsinn. Schon dem vorliegenden Modell ging eine jahrzehntelange Diskussion voraus. Der Bundestag hätte gut daran getan, sich bereits in der vergangenen Wahlperiode mit der Reform zu befassen, so wie es im Koalitionsvertrag von 2013 verabredet war. Das wäre auch ein Zeichen an das Verfassungsgericht gewesen, dass der Bundesgesetzgeber ernsthaft an einer Lösung arbeitet. Leider ist dies vor allem am Widerwillen der CSU gescheitert. Jetzt wird das Bundesverfassungsgericht eigene Vorgaben machen, was eine politische Gestaltung der Reform erschweren dürfte.

Die Grundsteuer ist mit einem Aufkommen von fast 14 Milliarden Euro pro Jahr eine der wichtigsten Einnahmequellen für die Städte und Gemeinden in Deutschland. Gerade für finanzschwache Kommunen, die nur wenig Gewerbesteuer einnehmen, ist die Grundsteuer existenziell. Ein Wegfall würde das gesamte bundesstaatliche Finanzierungssystem in Schwierigkeiten bringen.

BULGARIENS PRIORITÄTEN WÄHREND DER PRÄSIDENTSCHAFT DES EU-RATS

Anlässlich der Übergabe der EU-Ratspräsidentschaft von Estland an Bulgarien, organisierte das Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland (EBD) eine Diskussionsrunde am vergangenen Montag.

Der bulgarische Botschafter Radi Naidenov erklärte die Perspektive für die kommenden sechs Monate, bevor das Amt an Österreich weitergegeben wird.

Das Pendant zur Inschrift am Reichstag »Dem deutschen Volke« ist in Bulgarien »Einigkeit macht stark«. Dieser Satz, der am Parlamentsgebäude in Sofia festgeschrieben ist, ist nun auch das Motto der Präsidentschaft.

Als Schwerpunkte setzt Bulgarien auf Digitalisierung und Geschäftsmodelle der Zukunft, Stabilität und Sicherheit in Euro-

pa, Zukunft der europäischen Jugend und Konnektivität zum Westbalkan.

Bei der Veranstaltung des EBD diskutierten nach dem Impulsvortrag von Botschafter Naidenov Richard Kühnel, Vertreter der Europäischen Kommission, dem Vertreter des Auswärtigen Amtes Martin Kotthaus, Claudia Dörr-Voß, Leiterin der Europaabteilung im BMWi und Prof. Dr. Michael Schreyer, Vizepräsidentin der Europäischen Bewegung Deutschland über die Entwicklungen der EU.

Kotthaus betonte, dass innerhalb des vergangenen Jahres die Stimmung in Bezug auf die Integration der EU sich gebessert habe. Man sei wieder optimistischer, da die Wirtschaft sich erholte und kein Land ernsthaft den Brexit nachahmen wollte.

GRENZSICHERUNGSABKOMMEN ZWISCHEN LONDON UND PARIS ABGESCHLOSSEN

Für die Sicherung der französisch-britischen Grenze wird Großbritannien zukünftig zusätzlich 50 Millionen Euro investieren, dies beschlossen die Regierungschefs Theresa May und Emmanuel Macron beider Staaten am Donnerstag.

Zäune, Überwachungskameras und Erkennungstechnologie sollen von dem Geld an kritischen Grenzorten wie Calais zusätzlich installiert werden. Das Grenzsicherungsabkommen soll seine Gültigkeit unabhängig von den verhandelten Konditionen des Brexits behalten.

Macron hat den Kampf gegen die illegale Einwanderung stark priorisiert. Frankreich hatte im vergangenen Jahr eine neue Höchstzahl von mehr als 100.000 Asylbewerbern verzeichnet.

Macron fordert deshalb Zugeständnisse von London. Nach Angaben aus dem Élysée-Palast geht es unter anderem um die Aufnahme von unbegleiteten Minderjährigen oder von Flüchtlingen, die bereits Familienangehörige in Großbritannien haben. Der Grenzort Calais war allerdings zu einer Sackgasse für viele Flüchtlinge geworden.

HOHE INVESTITIONEN FÜR DEN NEUEN GOLF

Einer der Verkaufsschlager des Automobilbauers Volkswagen soll 2019 eine Neuaufgabe erhalten: für die Entwicklung des neuen Golf 8 investiert VW 1,8 Milliarden Euro. Der Golf hat den Unternehmensangaben zufolge seit 1974 mehr als 34 Millionen Kunden gefunden, er wird in 108 Ländern verkauft. Volkswagen legt daher neben der familienorientierten ID-Serie weiterhin einen Schwerpunkt beim Kompaktmodell.

Bisher wurde nicht veröffentlicht, in welche Richtung der Golf weiterentwickelt wird. Nachdem das Hybridmodell des Golf GTE dafür kritisiert wurde, dass die Reichweite von 50 Kilometer mit ausschließlich elektrischer Versorgung nicht erreicht wird und das Modell im Preis-Leistungs-Verhältnis zum Zwilling mit Verbrennungsmotor nicht mithalten kann, ist die Verbesserung dieser Technologie naheliegend.

»JEDER KANN PROGRAMMIEREN« – APPLE WEISET BILDUNGSINITIATIVE IN EUROPA AUS

Der Apple-Konzern bringt seine Bildungsinitiative »Jeder kann programmieren« in 16 europäische Länder. Um den Fachkräftemangel abzufedern, möchte Apple die Grundfähigkeiten für das Schreiben von Apps in einem Lehrplan weitergeben. Die App-Branche gilt als zukunftssicher.

In Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien, Spanien, den Niederlanden, Schweden, Dänemark, Norwegen, Österreich, Belgien, der Tschechischen Republik, Irland, Luxemburg, Polen und Portugal werden zukünftig an 70 Schulen und Hochschulen Kurse von Apple angeboten. In Deutschland sind Schulen und Universitäten in Karlsruhe, Düsseldorf, Gehrden,

Kall-Steinfeld, München, Potsdam und Aachen beteiligt.

Apple-Chef Tim Cook wehrt sich gegen den Vorwurf, dass das Bildungsprogramm primär eigennützig ausgelegt sei, um die vom Konzern entwickelte Programmiersprache Swift zu popularisieren.

Ziel sei es, die Berührungängste mit dem Programmieren abzubauen und praxisnahe Fähigkeiten zu entwickeln. Dafür wurde man mit Großunternehmen wie BMW zusammen, wie beispielsweise an der Technischen Universität München. Die Lehrpläne werden bedarfsorientiert angepasst, sodass für die Teilnehmer der größte Lerneffekt eintritt.

ZULIEFERERPROBLEME BEI AIRBUS ÜBERWUNDEN?

Der französische Flugzeughersteller Airbus verkündete diese Woche in Nantes, dass die Probleme mit seinen Zulieferern als Überwunden gelten. Die von Krisen erschütterten Hersteller von Einzelteilen führten zu Lieferengpässen bei Airbus. Vor allem der Sitz- und Kabinen-Zulieferer Zodiac hatte Airbus 2016 Kopfzerbrechen bereitet. Im vergangenen Jahr sollen jedoch

die Engpässe überwunden worden seien, erklärte der Programmchef von Airbus, Didier Evrard.

Weiterhin gibt es jedoch Schwierigkeiten mit dem Triebwerkslieferanten Pratt & Whitney. 30 Modelle des Typs A320neo stehen gegenwärtig in Hamburg und Toulouse ohne Triebwerke. Bis Mitte des Jahres soll dieses Problem beseitigt werden.

PERSONALIEN

RATZ WECHSELT ZU VOLKSWAGEN TRUCK & BUS

Anna-Lynn Ratz (30) ist seit dem 1. Januar Managerin Politische Kommunikation im Berliner Büro von Volkswagen Truck & Bus. In der neu geschaffenen Position ist sie Teil der Unternehmenskommunikation und berichtet an Dirk Höke, Leiter Governmental Affairs. Zuvor war Ratz im Bundesverband der Deutschen Industrie als stellvertretende Leiterin der Abteilung Sicherheit und Rohstoffe tätig.

LEWE IST PRÄSIDENT DES DEUTSCHEN STÄDTE-TAGS

Markus Lewe (52, CDU), Oberbürgermeister von Münster, ist seit Anfang des Jahres neuer Präsident des Deutschen Städtetags. Er folgt auf Eva Lohse (CDU), die sich bei der Kommunalwahl in Rheinland-Pfalz nicht mehr als Oberbürgermeisterin der Stadt Ludwigshafen beworben hat und somit das Amt der Städtetagspräsidentin niederlegte. Lewe übernimmt das Ehrenamt bis zur nächsten Hauptversammlung im Juni 2019.

BRANDL IST PRÄSIDENT DES DSTGB

Uwe Brandl (58, CSU), Bürgermeister der niederbayerischen Stadt Abensberg, ist seit dem 1. Januar Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebunds (DStGB). Er folgt auf den Bürgermeister der Stadt Bergkamen, Roland Schäfer (SPD), der nun Erster Vizepräsident des DStGB ist. Der Hauptausschuss des kommunalen Spitzenverbands wählte als weitere Vizepräsidenten Roger Kehle, Präsident des Gemeindetags Baden-Württemberg, Bernward Küper, Oberbürgermeister der Stadt Naumburg und Ralph Spiegler, Bürgermeister der Verbandsgemeinde Nieder-Olm.

OLMA STEIGT BEI EUTOP BRUSSELS AUF

Robert Olma (41) ist seit dem 1. Januar 2018 Direktor bei Eutop Brussels. Er ist seit 2012 für die Eutop-Gruppe tätig und in seiner aktuellen Position zugleich Mitglied der Geschäftsleitung von Eutop Brussels. Olma berichtet weiterhin direkt an den Eutop-Gründer und -Geschäftsführer Klemens Joos.

UMWELTMINISTERIUM UNTERSTÜTZT URBANES KLIMAINVESTMENT

Das Bundesumweltministerium fördert ab sofort ein Projekt, das sich mit nachhaltigen Geldanlagen befasst. Insbesondere kreisfreie Städte sollen mobilisiert und motiviert werden, sich mit dem Abzug von Geldern aus klimaschädlichen Geldanlagen (»Divestment«) auseinander zu setzen. Das Projekt »Klimafreundlich Investieren – Kommunales Divestment und Re-Investment« initiiert in ausgewählten Städten Veranstaltungen, bei denen unter anderem Finanzexperten unterstützen, kommunale Geldanlagen unter klimafreundlichen, nachhaltigen Gesichtspunkten zu analysieren. In einem zweiten Schritt werden anschließend alternative, klimafreundliche Möglichkeiten für das Re-Investment aufgezeigt.

WORTE DER WOCHE

»Natürlich ist das Sondierungspapier kein fertiger Koalitionsvertrag. Wir dürfen aber nicht mehr versprechen, als wir am Ende halten können.«

Michael Groschek, der Vorsitzende des mächtigen SPD-Landesverbands Nordrhein-Westfalen, warnte aber davor, zu hohe Erwartungen zu wecken.

»Ich glaube, dass wir im Jahr 2019 bereits Neuwahlen haben werden.«

Wolfgang Kubicki glaubt, dass die neue Große Koalition nicht lange von Bestand sein wird.

»Ein Land, das wir einen Verbündeten nennen, versucht, eine Terrorarmee an unseren Grenzen zu schaffen. Wir werden diese Terrorarmee versenken.«

Recep Tayyip Erdogan, türkischer Präsident, kritisiert USA wegen Syrien-Grenztruppe.

»Sie wird eine derjenigen Sozialdemokratien werden, die in Europa keine Rolle mehr spielen.«

Der frühere SPD-Vorsitzende Franz Müntefering befürchtet, dass eine Absage an die Groko die Partei in die Bedeutungslosigkeit befördern könnte.

»Da wird ein Ergebnis schlechtergredet von einigen, die egal, was wir verhandelt hätten, gegen die Groko sind. Das akzeptiere ich nicht, da werde ich dagegenhalten.«

Andrea Nahles, SPD-Fraktionschefin, zu den Groko-Kritikern nach den Sondierungsergebnissen.

»Die Signale aus Deutschland sind tatsächlich sehr ermutigend.«

Mário Centeno, Präsident der Euro-Gruppe, begrüßt den Europa-Schwerpunkt des Sondierungspapiers der Union und SPD.

»Das heutige Regulierungsrecht ist Ausdruck einer überholten Markt Betrachtung und einer Monopolstruktur auf den Telekommunikationsmärkten, die heute nicht mehr existiert.«

Matthias Machnig, Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, fordert einen neuen Regulierungskonsens für Gigabitnetze.

TERMINE

31.1. BWBS ZUR ROLLE DER BUNDESWEHR BEI MILITÄRISCHEN KONFLIKTEN

Gesprächsveranstaltung der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung (BWBS) zum Thema »Hineingerutscht? - Militärische Denkweisen zum Ausbruch von Konflikten und Kriegen«, unter anderem mit Hans-Peter Kriemann vom Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr Potsdam Forum Willy Brandt Berlin, Unter den Linden 62-68, 10117 Berlin (Anmeldung erforderlich).

1.2. NAH- UND MITTELSTOSTVEREIN: LÄNDERFORUM TÜRKIE

Der Nah- und Mittelostverein NUMOV lädt am 1. Februar zum Länderforum Türkei ein. Der deutsche Botschafter Martin Erdmann wird bei dieser Veranstaltung aus seinem Erfahrungsschatz berichten. Die Veranstaltung beginnt um 9:30 Uhr (mit Anmeldung).

6.2. BMJV UND BITCOM ZUM SAFER INTERNET DAY 2018

Konferenz des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz und von Bitkom zum Thema »Was bedeutet »Künstliche Intelligenz« für die Selbstbestimmung und Entscheidungsfindung der Verbraucherinnen und Verbraucher?«. Deutsche Telekom - Hauptstadtrepräsentanz, Französische Straße 33 a-c, 10117 Berlin (Anmeldung erforderlich).

12.2. BERLINER WIRTSCHAFTSGESPRÄCHE MIT DER BERLINER ARBEITSSENATORIN

Diskussionsveranstaltung der Berliner Wirtschaftsgespräche zum Thema »Zukunft der Arbeit - Herausforderungen an eine künftige Berliner Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik«, unter anderem mit der Berliner Arbeits- und Sozialsenatorin Elke Breitenbach und dem ehemaligen Präsidenten der Hochschule für Wirtschaft und Recht Prof. Bernd Reisert Bank für Sozialwirtschaft, Oranienburger Straße 13-14, 10178 Berlin (kostenpflichtig).